

Einer gemeinsamen Erklärung
Grundsätze und Forderungen von industriAll Europe und ETF (Europäische Transportarbeiter-Föderation) in Bezug auf die „GESTALTUNG EINES GERECHTEN STRUKTURWANDELS HIN ZU EINER INTELLIGENTEN UND NACHHALTIGEN MOBILITÄT“

Wir wollen einen gerechten Strukturwandel für die Arbeitnehmer*innen in den europäischen Mobilitätsindustrien, bei dem wir nicht nur von den politischen und unternehmerischen Entscheidungsträgern über die anstehenden Veränderungen informiert werden, sondern bei dem wir die Mobilitätsindustrien und -dienstleistungen der Zukunft auf gerechte Weise mitgestalten. In dieser gemeinsamen Position werden die Analyse und die Forderungen der Beschäftigten im Verkehr und im verarbeitenden Gewerbe für einen gerechten Strukturwandel dargelegt.

Die Wichtigkeit unseres Ökosystems Mobilität

Der Verkehr, d. h. die Mobilität von Menschen und Gütern, ist eine der wesentlichen Dienstleistungen, die unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft am Laufen hält. Diese Dienstleistungen stützen sich auf strategische Fertigungsindustrien in Europa.

Die Mobilität von Menschen – Garant für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben – muss inklusiv, zugänglich und erschwinglich sein, und die Mobilität von Gütern muss zugänglich und zuverlässig sein. Die Klimakrise sowie die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Luftverschmutzung und Lärm machen eine Wende hin zu einer nachhaltigen Mobilität unumgänglich.

Mobilität benötigt nicht nur moderne Fahrräder, Fahrzeuge, Flugzeuge, Schiffe und Züge, sondern auch eine zuverlässige und hochwertige Infrastruktur. Dazu zählen:

- die bauliche Infrastruktur für eine effiziente und nachhaltige Mobilität, einschließlich der „sanften Mobilität“ (Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger),
- die Lade-/Tankinfrastruktur unter Berücksichtigung des Bedarfs an neuen nachhaltigen Kraftstoffen,
- die logistische Infrastruktur, um den Mobilitätssektor insgesamt effizient und sicher zu gestalten,
- die für die verschiedenen Verkehrsträger genutzten Ausrüstungen (hochwertig, nachhaltig und langlebig).

Nachhaltige Mobilität braucht jedoch vor allem Arbeitskräfte, die die Verkehrsmittel für den Personen- und Güterverkehr entwickeln, bauen, betreiben und reparieren. Alle Fahrzeuge, Schiffe, Züge und Flugzeuge, die Infrastruktur und die Menschen, die sie bauen und in Bewegung setzen, sind Teil unseres Ökosystems Mobilität.

Unser Ökosystem Mobilität ist per se hochpolitisch, da es sich um eine wesentliche Dienstleistung handelt, die hohe Investitionen erfordert. Die europäischen Wettbewerbs- und Beihilferegulungen behindern unsere langfristigen Interessen in Bezug auf eine offene strategische Autonomie und den sozialen und territorialen Zusammenhalt in diesen Branchen oft eher, als dass sie ihnen helfen. Sie

behindern zudem die Erbringung nachhaltiger, hochwertiger Personen-/Frachtdienste. Investitionsentscheidungen, auch in Bezug auf Fahrzeuge, Infrastruktur, Mobilitätsmix, Kraftstofftechnologie, Besteuerung und Menschen, sind langfristiger Natur und erfordern einen gesellschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Dialog.

Die 20 Millionen Beschäftigten des Mobilitätssektors und ihre Vertreter*innen haben ein Recht, gehört zu werden!

Ökologischer und digitaler Wandel: Herausforderungen und Chancen für die Beschäftigten im Ökosystem Mobilität

Wir, industriAll Europe und die Europäische Transportarbeiter-Föderation, sind uns der Notwendigkeit einer Dekarbonisierung des Mobilitätssektors und der Schaffung eines umweltfreundlicheren Ökosystems Mobilität bewusst. Wir unterstützen die Ziele des europäischen Grünen Deals und fordern Fairness und Gerechtigkeit bei der Umgestaltung unserer Industrien. Keine Arbeitnehmerin und kein Arbeitnehmer, kein Wirtschaftszweig und keine Region dürfen auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Ökosystem Mobilität zurückgelassen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass der Wandel zu einem nachhaltigen und fairen Ökosystem Mobilität sowohl eine europäische Verkehrspolitik zur Förderung einer nachhaltigen Mobilitätswende als auch eine ehrgeizige europäische Industriepolitik erfordert, die in Infrastruktur und Arbeitskräfte investiert und dabei verschiedene energie-, handels- und geopolitische Herausforderungen berücksichtigt. In unserem gemeinsamen Projekt JT4Mobility haben wir eine erste Einschätzung der Herausforderungen und Chancen des ökologischen und des digitalen Wandels in Bezug auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Kompetenzen vorgenommen und dabei sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in den verschiedenen Verkehrssektoren festgestellt.

Wichtigste Ergebnisse:

- Es gibt keine **echte Einschätzung der sozialen Folgen noch einen systematischen sozialen Dialog** über die politischen Entscheidungen im Zusammenhang mit dem grünen und dem digitalen Wandel, die eine angemessene Antizipation und Aushandlung von Maßnahmen für die betroffenen Beschäftigten ermöglichen.
- Es bestehen eine **Reihe von Unsicherheiten in Bezug auf die Technologieentscheidungen**, die Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen betreffen.
- Die bestehenden **Instrumente für einen gerechten Strukturwandel** sind nicht für alle unsere Industriezweige geeignet.
- Der **Mangel an Arbeitskräften und Kompetenzen** betrifft sowohl den Transportbereich als auch das verarbeitende Gewerbe und ist in einigen Sektoren wirtschaftlich stark spürbar.
- Sowohl der Transportbereich als auch das verarbeitende Gewerbe leiden unter **Sozialdumping-Praktiken**, die durch die Liberalisierung im Verkehrssektor verstärkt werden, und im verarbeitenden Gewerbe sind **Untervergabe** und **Auslandsverlagerung** weit verbreitet,
- Die Tatsache, dass unsere Industrien auf globalen Märkten agieren sowie **unfaire Handelsregeln** und globale Untätigkeit beim Klimawandel erfordern eine durchsetzungsfähige Reaktion in Europa, wenn wir verhindern wollen, dass strategische Industrien und Verkehrsdienstleistungen durch neue Formen der Verlagerung von CO₂- Emissionsquellen verloren gehen,
- In vielen Fällen haben **Unternehmensstrategien, die auf Gewinnmaximierung ausgerichtet sind**, die Investitionen in Infrastruktur, Ausrüstung und die Qualität der Arbeitsplätze untergraben, die zur Deckung des Mobilitätsbedarfs erforderlich sind.

Beschäftigte des Transportsektors und der Fertigung im Verkehrssektor ziehen an einem Strang

Die Beschäftigten des Transportsektors und des verarbeitenden Gewerbes sind sich ihrer gemeinsamen Interessen bewusst und vereinbaren, zusammen auf ein nachhaltigeres europäisches Ökosystem Mobilität hinzuarbeiten, um unser Klima und unsere Umwelt zu schützen, eine inklusivere Mobilität zu ermöglichen und nachhaltige Lieferketten im Verkehr zu gewährleisten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es zur Bewältigung dieser Herausforderungen einen wirklich ganzheitlichen Ansatz bedarf, der Verkehrs- und Industriepolitik miteinander verknüpft und gleichzeitig Beschäftigte und EU-Bürger*innen mit einbezieht. Es steht außer Frage, dass wir sektorübergreifend denken und handeln und gleichzeitig unser sektorales Know-how und Verständnis vertiefen müssen.

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 und das künftige Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, das aller Wahrscheinlichkeit nach auf einem noch festzulegenden Dekarbonisierungsziel für 2040 beruhen wird, sind unsere Anknüpfungspunkte.

IndustriAll Europe und die ETF verpflichten sich,

- gemeinsame Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen im Hinblick auf einen echten und umfassenden Investitionsplan für einen gerechten Strukturwandel im Mobilitätssektor zu betreiben,
- unsere Zusammenarbeit auf sektoraler Ebene weiter auszubauen,
- unsere Mitgliedsorganisationen darin zu bestärken, die Zusammenarbeit auf nationaler Ebene zu intensivieren.

Erste Reihe gemeinsamer Forderungen von industriAll Europe und ETF

Wir fordern die Europäische Kommission auf,

- die strategische Bedeutung unserer Industrien und Dienstleistungen für das Ziel der Dekarbonisierung, der strategischen Autonomie und des sozialen und regionalen Zusammenhalts in Europa anzuerkennen,
- die strategische Bedeutung von Verkehr und Mobilität als wesentliche Dienstleistung für Gesellschaft und Wirtschaft anzuerkennen,
- in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern eine proaktive Industriestrategie für das Ökosystem der Mobilität zu entwickeln, die sicherstellt, dass der bevorstehende Streckenpfad für den Übergang tatsächliche Auswirkungen hat und dass die europäischen Regeln für staatliche Beihilfen die Umgestaltung unserer Industrien unterstützen.
- einen echten Dialog mit den Sozialpartnern im Hinblick auf das Dekarbonisierungsziel 2040 aufzunehmen,
- einen Rahmen für einen gerechten Strukturwandel und eine angemessene Finanzierung des Ökosystems Mobilität in ihr nächstes Arbeitsprogramm aufzunehmen,
- sicherzustellen, dass der gerechte Strukturwandel im Mittelpunkt des künftigen „Weges hin zu einem intelligenten und nachhaltigen Ökosystem Mobilität“ steht und die Umsetzung unter Einbeziehung der Sozialpartner zu überwachen,
- die nationalen Programme der Mitgliedstaaten zu überwachen und bei der Vergabe von EU-Mitteln und in den Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen für einen gerechten Strukturwandel sowie auf soziale Auflagen zu bestehen,
- eine europäische Beobachtungsstelle für einen gerechten Strukturwandel einzurichten, um die Umsetzung aller politischen Strategien und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem gesamten Anwendungsbereich des europäischen Grünen Deals zu überwachen,

- unsere seit langem bestehenden Anliegen und Forderungen nach einer Verbesserung der Rechte und Vorrechte der Europäischen Betriebsräte durch die Überarbeitung der EBR-Richtlinie ohne weitere Verzögerung aufzugreifen,
- einen EU-Rechtsrahmen zur Antizipation und Bewältigung des gerechten Strukturwandels auf Unternehmensebene vorzulegen, der sich am Cercas-Bericht aus dem Jahr 2013 orientiert und verbindliche Regeln für die rechtzeitige und angemessene Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter*innen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sowie soziale Garantien für die Beschäftigten vorsieht,
- soziale Auflagen für öffentliche Mittel und EU-Ressourcen zu nutzen, um in die Weiterbildung, Umschulung und Höherqualifizierung von Beschäftigten zu investieren und damit die für den grünen und den digitalen Wandel erforderlichen Kompetenzen zu gewährleisten, und um hochwertige Ausbildungsplätze und Einstiegsmöglichkeiten für Hochschulabsolvent*innen zu schaffen,
- den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen (EU, national, sektoral, regional und betrieblich) zu fördern und zu stärken.

.....

Wir fordern, das Europäische Parlament und die Kandidierenden für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2024 auf,

- sich für einen gerechten Strukturwandel auf dem Weg hin zu einem nachhaltigeren Ökosystem Mobilität einzusetzen,
- ihre Arbeit abzuschließen und ehrgeizige Vereinbarungen in Bezug auf EU-Vorhaben im Zusammenhang mit dem europäischen Grünen Deal zu treffen, die für die Dekarbonisierung des Ökosystems Mobilität von Bedeutung sind,
- einen Rahmen für einen gerechten Strukturwandel und soziale Auflagen in der EU-Finanzierung und bei staatlichen Beihilfen sicherzustellen,
- Bewerber*innen für das Amt der nächsten Präsidentin/des nächsten Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zu unterstützen, die sich für einen gerechten Strukturwandel in Europa einsetzen.

.....

Wir fordern die nationalen Regierungen auf,

- die Rechtsvorschriften im Rahmen der Klimapolitik und des europäischen Grünen Deals im Dialog mit den Gewerkschaften umzusetzen und zu überwachen und als Grundlage detaillierte Folgenabschätzungen zu erstellen,
- ihre Energie- und Klimapläne sowie ihre territorialen Pläne für einen gerechten Strukturwandel anzupassen, um Veränderungen im Ökosystem Mobilität besser zu antizipieren, die sich auf die Beschäftigten im Transport- und Fertigungssektor entlang der Liefer- und Wertschöpfungsketten auswirken,
- zusammen mit den Sozialpartnern sektorale Aktionspläne auszuarbeiten und umzusetzen, um den grünen und den digitalen Wandel zu antizipieren, wobei ein hochwertiger sozialer Dialog zur Gewährleistung eines erfolgreichen und gerechten Übergangs für den Sektor und seine Beschäftigten unerlässlich ist,
- angemessene Finanzierung und Unterstützung für Maßnahmen für einen gerechten Strukturwandel bereitzustellen,

- eine aktive Arbeitsmarktpolitik sicherzustellen, um reibungslose Jobübergänge zu ermöglichen und zur Gewährleistung eines gerechten Strukturwandels die sozialen Sicherheitsnetze für alle Arbeitnehmer*innen zu stärken,
- weiter in Kompetenzen zu investieren und auch flexible Übergänge zwischen der Arbeits- und der Bildungswelt (einschließlich lebenslangen Lernens, modularer Lernsysteme, dualen Lernens, eLearning und Wissenstransfer) zu schaffen,
- die Einnahmen aus dem EU-Emissionshandelssystem (EHS) und europäische Fonds (z. B. die Aufbau- und Resilienzfazilität) zur Finanzierung von Maßnahmen für einen gerechten Strukturwandel, die an soziale Auflagen geknüpft sind, zu nutzen,
- die Koordinierung mit dem Energiesektor zu verbessern, um die Erzeugung erneuerbarer und sauberer Energien zu erschwinglichen und stabilen Preisen zu steigern,
- Maßnahmen zur Förderung des Aufbaus nachhaltiger Produktionsketten für Kraftstoffe im Verkehrssektor zu ergreifen,
- Kandidat*innen für die nächste Europäische Kommission vorzuschlagen, die sich für die Dekarbonisierung und einen gerechten Strukturwandel einsetzen.

Wir fordern unsere sozialpartnerschaftlichen Pendants und die Arbeitgeberorganisationen auf,

- auf europäischer Ebene den gerechten Strukturwandel im Rahmen des ökologischen und des digitalen Wandels auf die Tagesordnung des europäischen sektoralen sozialen Dialogs zu setzen und ehrgeizige europäische Sozialpartnervereinbarungen auszuhandeln,
- auf sektoraler und betrieblicher Ebene Pläne für einen gerechten Strukturwandel mit den Gewerkschaften und/oder Betriebsräten auszuhandeln, einschließlich Antizipation und Change-Management,
- mit Gewerkschaften und regionalen/nationalen politischen Entscheidungsträger*innen Pläne für einen gerechten Strukturwandel auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass der grüne und der digitale Wandel erfolgreich gemeistert werden,
- von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen Abstand zu nehmen, gute Arbeitsbedingungen zu garantieren und die Arbeitnehmerrechte für alle Beschäftigten, einschließlich der Leiharbeiter*innen und Unterauftragnehmer, entlang der gesamten Lieferkette zu sichern,
- die Erfassung von Informationen über neue und verschwindende Beschäftigungsprofile und über zukünftige Qualifikationsanforderungen auszubauen, in die Weiterbildung und Umschulung ihrer Arbeitskräfte zu investieren, hochwertige Ausbildungsplätze und Programme für die Einstellung junger Hochschulabsolvent*innen zu schaffen und interne Mobilität zu organisieren, um alle Beschäftigten im Unternehmen zu halten,
- in umweltfreundliche Technologien zur Senkung der Emissionen und in nachhaltigere Kraftstoffe bei gleichzeitiger Gewährleistung eines hohen Arbeitsschutzniveaus zu investieren,
- alle Aspekte der Dekarbonisierung und Energieeffizienz zu verbessern, vom Antritt bis zum Ende der Reise.